



Tagesordnung Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 09. September 2008

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0099

Finanzsituation von Krankenhäusern

- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die GRÜNEN und FDP vom 21.7.2008 -

Die finanzielle Situation vieler Krankenhäuser ist extrem schlecht: Von den bundesweit 2.100 Kliniken schreiben inzwischen fast 700 Häuser rote Zahlen. Zahlreiche Krankenhäuser bangen um ihre Existenz: Einem gewaltigen Kostenanstieg, insbesondere durch die Tarifabschlüsse für ärztliches und pflegerisches Personal sowie steigende Energie- und Sachkosten, der für alle Krankenhäuser bundesweit auf insgesamt 8 Mrd. Euro für die Jahre 2008/2009 geschätzt wird, stehen nur minimale Erlössteigerungen entgegen. Hält diese schlechte Finanzsituation der Krankenhäuser an, wird die kostendeckende medizinische und pflegerische Versorgung langfristig nicht mehr möglich sein.

Diese Entwicklung ist auch für den Gesundheitsstandort Wiesbaden relevant, da hier viele Arbeitsplätze vom Gesundheitssektor abhängig sind.

Der Magistrat wird gebeten,

- 1.) sich bzgl. der Betriebskosten auf Bundesebene - gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte - / Gemeindebund) und dem Hessischen Städtetag - für eine Verbesserung der Finanzsituation der Krankenhäuser - insbesondere in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft - einzusetzen.
- 2.) sich auf Landesebene dafür einzusetzen, dass die Investitionskostenförderung des Landes stärker an den tatsächlichen Investitionserfordernissen ausgerichtet wird und die Zuschüsse den Krankenhäusern tatsächlich zur Verfügung gestellt werden.

Beschluss Nr. 0046

(antragsgemäß BP)

Tagesordnung

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2008

Abt
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2008

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2008

Dezernat
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister